

Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH Hamburg

Jahresabschluss und Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2025
Bestätigungsvermerk des unabhängigen
Abschlussprüfers

Inhaltsverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2025	Anlage 1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025	Anlage 2
Anhang für das Geschäftsjahr 2025	Anlage 3
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025	Anlage zum Anhang
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025	Anlage 4
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	Anlage 5

Bilanz der
Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg,
zum 31. Dezember 2025

Aktiva	Stand am 31.12.2025	Stand am 31.12.2024
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Software	402.271,00	506.891,00
2. Geleistete Anzahlungen	41.783,97	5.355,69
	<u>444.054,97</u>	<u>512.246,69</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.772.465,64	7.895.398,64
2. Technische Anlagen und Maschinen	24.985,00	26.360,00
3. Fuhrpark	413.620,27	400.963,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.385.897,00	1.401.264,56
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.643.873,78	702.024,25
	<u>11.240.841,69</u>	<u>10.426.010,45</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
2. Beteiligungen	5.001,00	5.001,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	9.812.507,62	8.893.033,57
4. Sonstige Ausleihungen	350.000,00	0,00
5. Genossenschaftsanteile	504.223,26	504.223,26
	<u>10.696.731,88</u>	<u>9.427.257,83</u>
	<u>22.381.628,54</u>	<u>20.365.514,97</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.631.991,01	1.575.513,82
2. Forderungen gegen Gesellschafter - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 589.539,80 (Vj. TEUR 655)	654.874,97	719.399,79
3. Sonstige Vermögensgegenstände	5.168.577,40	6.420.242,85
	<u>7.455.443,38</u>	<u>8.715.156,46</u>
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	855.910,76	1.574.971,58
	<u>8.311.354,14</u>	<u>10.290.128,04</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	525.562,35	178.503,59
	<u>31.218.545,03</u>	<u>30.834.146,60</u>

P a s s i v a	Stand am 31.12.2025	Stand am 31.12.2024
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.550.000,00	1.550.000,00
II. Kapitalrücklage	177.385,00	177.385,00
III. Gewinnrücklagen	12.714.998,48	12.225.469,37
	14.442.383,48	13.952.854,37
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	856.494,01	524.212,25
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	2.189.114,59	2.077.059,17
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.717.044,27	7.906.996,07
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	798.610,77	661.282,45
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	451.652,89	420.989,72
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.019.258,01	972.916,96
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 453.119,26 (Vj. TEUR 384) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 62.973,53 (Vj. TEUR 57)	2.253.291,33	2.210.163,46
	10.239.857,27	12.172.348,66
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.490.695,68	2.107.672,15
	31.218.545,03	30.834.146,60

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg,
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025**

	2 0 2 5		2 0 2 4	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse				
a) Leistungsentgelte		73.063.953,11	66.220.537,92	
b) Mieterträge		3.689.586,20	3.515.919,06	
c) Übrige		1.974.469,64	1.834.895,71	
		78.728.008,95	71.571.352,69	
2. Sonstige betriebliche Erträge		1.797.506,33	2.059.002,70	
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Waren		-2.043.797,07	-2.009.679,23	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-5.909.873,77	-5.368.500,21	
		-7.953.670,84	-7.378.179,44	
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		-47.231.214,54	-43.189.363,78	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 579.352,39 (Vj. TEUR 569)		-10.631.822,78	-9.420.016,75	
		-57.863.037,32	-52.609.380,53	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-1.622.234,35	-1.167.587,97	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-12.720.565,16	-11.734.775,93	
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Genossenschaftsanteilen		162.951,90	116.980,95	
8. Gewinne aus Wertpapierverkäufen		115.161,11	168.122,62	
9. Zuschreibungen auf Finanzanlagevermögen		64.476,37	147.705,16	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		16.321,45	61.072,47	
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen		-24.714,95	-53.527,86	
12. Verluste aus Wertpapierverkäufen		-25.571,69	-20.019,42	
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-183.164,17	-313.128,06	
14. Finanzergebnis		125.460,02	107.205,86	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (Ertrag)		675,60	4.290,32	
16. Ergebnis nach Steuern		492.143,23	851.927,70	
17. Sonstige Steuern		-2.614,12	-3.874,12	
18. Jahresüberschuss		489.529,11	848.053,58	
19. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-489.529,11	-848.053,58	
20. Bilanzgewinn		0,00	0,00	

Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg

Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025

1. Allgemeine Hinweise

Die Firma der Gesellschaft lautet „Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH“. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und ist beim dortigen Amtsgericht unter der Registernummer HRB 14104 eingetragen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB in der aktuellen Fassung sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Das Gliederungsschema der Bilanz wurde gemäß § 42 Abs. 3 GmbHG um die Positionen Forderungen gegen Gesellschafter und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erweitert.

Um den Besonderheiten des Unternehmens Rechnung zu tragen, wurde die Gliederung erweitert und die Bezeichnung einzelner Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, soweit gesetzlich zulässig, angepasst.

2. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Erstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Erworbene **Immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert. Die Nutzungsdauern liegen zwischen ein und drei Jahren.

Das **Sachanlagevermögen** wird zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauern planmäßig linear abgeschrieben.

Folgende Nutzungsdauern kommen zur Anwendung:

	Jahre
Gebäude	33,3
Technische Anlagen und Maschinen	20
Fuhrpark	4 bis 7
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 bis 20

Bei Bauten auf fremdem Grund bzw. Mietereinbauten werden bei der Nutzungsdauerschätzung die Laufzeiten der zugrundeliegenden Pacht- bzw. Mietverträge berücksichtigt.

Seit 2010 werden **geringwertige Anlagegüter** entsprechend der Wertgrenzen des § 6 Abs. 2 S. 1 EStG im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben; ihr sofortiger Abgang wird unterstellt.

Seit 2021 wird bei Computerhardware eine regelmäßige Nutzungsdauer von einem Jahr angenommen. Im Geschäftsjahr betraf dies Zugänge in Höhe von 61 TEUR.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Zur Beurteilung, ob eine dauerhafte Wertminderung vorliegt, werden die Indikatoren des IDW RS VFA 2 i.V.m. der Berichterstattung über die 149. Sitzung des VFA des Instituts der Wirtschaftsprüfer herangezogen.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten (i.d.R. mit dem Nennwert) angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Voraus bezahlte Aufwendungen für zukünftige Geschäftsjahre. Der Posten wird in der Rechnungsperiode aufgelöst, in der der Aufwand wirtschaftlich entsteht.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** wird entsprechend der Nutzungsdauer bzw. bei Abgang des bezuschussten Vermögensgegenstands aufgelöst.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Ertrag für künftige Geschäftsjahre darstellen. Der Posten wird aufgelöst, sobald der Ertrag wirtschaftlich entstanden ist.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres 2025 ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Gesellschaft ist 100%ige Gesellschafterin der LEBEN MIT BEHINDERUNG HAMBURG JOB-SERVICE GmbH, Hamburg, mit einem Eigenkapital zum 31.12.2025 von EUR 59.606,14. Der Jahresüberschuss beträgt EUR 11.892,65.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände entstehen in Höhe von 3.464 TEUR rechtlich nach dem Bilanzstichtag und betreffen Abgrenzungen, die aus dem Trägerbudget 2024 - 2028 finanziert werden. Mit Ausnahme von 2.506 TEUR (Vj. 3.916 TEUR) haben die sonstigen Vermögensgegenstände eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Gewinnrücklagen

Bei den Gewinnrücklagen handelt es sich um andere Gewinnrücklagen im Sinne von § 266 Abs. 3 HGB.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Resturlaub-, Mehr- und Überstundenansprüchen (1.460 TEUR), Berufsgenossenschaftsbeiträge (351 TEUR), Jubiläumszuwendungen (130 TEUR), ausstehende Rechnungen (100 TEUR) sowie Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (79 TEUR).

Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten und die Besicherung der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel im Einzelnen dargestellt.

Restlaufzeiten

	31.12.2025			
		bis zu	über	davon über
	Gesamt	1 Jahr	1 Jahr	5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	5.717	3.204	2.513	980
<i>(Vorjahr:)</i>	<i>(7.907)</i>	<i>(5.597)</i>	<i>(2.310)</i>	<i>(1.184)</i>
2. Verbindlichkeiten aus				
Lieferungen und Leistungen	799	799	0	0
<i>(Vorjahr:)</i>	<i>(661)</i>	<i>(661)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>
3. Verbindlichkeiten gegenüber				
verbundenen Unternehmen	452	452	0	0
<i>(Vorjahr:)</i>	<i>(421)</i>	<i>(421)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>
4. Verbindlichkeiten gegenüber				
Gesellschaftern	1.019	988	31	10
<i>(Vorjahr:)</i>	<i>(973)</i>	<i>(937)</i>	<i>(36)</i>	<i>(15)</i>
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.253	2.240	13	2
<i>(Vorjahr:)</i>	<i>(2.210)</i>	<i>(2.192)</i>	<i>(18)</i>	<i>(4)</i>
	<u>10.240</u>	<u>7.683</u>	<u>2.557</u>	<u>992</u>
<i>(Vorjahr:)</i>	<i>(12.172)</i>	<i>(9.808)</i>	<i>(2.364)</i>	<i>(1.203)</i>

Besicherungen

Zur Besicherung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen Forderungsabtretungen sowie Grundpfandrechte, die zum Bilanzstichtag in Höhe von 1.726 TEUR valutieren. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Bundesmittel aus dem Ausgleichsfonds für Schwerbehinderte durch Grundpfandrechte in Höhe von 18 TEUR besichert.

Finanzergebnis

Im Finanzergebnis sind Erträge bzw. Aufwendungen aus Währungsumrechnungen in Höhe von 41,64 EUR bzw. 7 TEUR enthalten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge beinhalten Erträge aus der Abzinsung langfristiger Rückstellungen in Höhe von 7 TEUR.

5. Sonstige Angaben

Organe

Die Geschäftsführung wurde im Geschäftsjahr 2025 von Herrn Ralph Grevel, Dipl.-Betriebswirt und Dipl.-Sozialarbeiter, Hamburg, als einzelvertretungsberechtigtem Geschäftsführer der Gesellschaft wahrgenommen. Herr Grevel ist hauptberuflich für die Gesellschaft tätig.

Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung ist für Rechtsgeschäfte mit anderen gemeinnützigen Organisationen von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird mit Verweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Aufsichtsrat

Mit notariellem Vertrag vom 11. Juni 2009 wurde ein Aufsichtsrat errichtet.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

Gerrit Driessen, Quickborn, Vertriebsleiter i.R., Vorsitzender,

Angela Braasch-Eggert, Hamburg, Sozialdezernentin i.R., Stellv. Vorsitzende,

Dierk Reumann, Hamburg, Rentner,

Hilke Stein, Hamburg, Landesfachbereichsleitung (ver.di),

Prof. Dr. Susanne Vaudt, Hamburg, Professorin an der HAW Hamburg.

Der Aufsichtsrat hat in 2025 Aufwandsentschädigungen in Höhe von 7 TEUR erhalten.

Mitarbeitende

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeitende:

	<u>2025</u>	<u>2024</u>
Angestellte	<u>1.211,75</u>	<u>1.178,75</u>

Darüber hinaus waren durchschnittlich 92 (Vorjahr: 92) Helferinnen im Freiwilligen Sozialen Jahr und Bundesfreiwilligendienst sowie Praktikanten bei der Gesellschaft beschäftigt.

Honorar des Abschlussprüfers

Für Leistungen des Abschlussprüfers des Jahresabschlusses 2025 sind im vorliegenden Jahresabschluss 33 TEUR aufwandswirksam erfasst. Andere Bestätigungs-, Steuerberatungs- oder sonstige Leistungen wurden vom Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2025 in Höhe von 6 TEUR erbracht.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss 2025 in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag von besonderer Bedeutung, von denen ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu erwarten ist, sind nicht eingetreten.

Hamburg, am 30. März 2026

Leben mit Behinderung Hamburg
Sozialeinrichtungen
Gemeinnützige GmbH

Ralph Grevel

**Entwicklung des Anlagevermögens der
Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg,
im Geschäftsjahr 2025**

Anschaffungs-/Herstellungskosten

	Stand am 1.1.2025	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2025
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Software	1.410.525,40	62.115,99	0,00	0,00	1.472.641,39
2. Geleistete Anzahlungen	5.355,69	36.428,28	0,00	0,00	41.783,97
	1.415.881,09	98.544,27	0,00	0,00	1.514.425,36
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	20.147.670,50	106.503,54	0,00	268.620,17	19.985.553,87
2. Technische Anlagen und Maschinen	34.690,89	0,00	0,00	0,00	34.690,89
3. Fuhrpark	897.521,07	135.324,27	0,00	10.259,00	1.022.586,34
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.999.381,56	1.058.747,36	28.527,87	553.481,28	6.533.175,51
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	702.024,25	970.377,40	-28.527,87	0,00	1.643.873,78
	27.781.288,27	2.270.952,57	0,00	832.360,45	29.219.880,39
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
2. Beteiligungen	8.050,00	0,00	0,00	0,00	8.050,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	9.287.720,96	3.844.268,48	0,00	2.977.729,05	10.154.260,39
4. Sonstige Ausleihungen	0,00	350.000,00	0,00	0,00	350.000,00
5. Genossenschaftsanteile	504.223,26	0,00	0,00	0,00	504.223,26
	9.824.994,22	4.194.268,48	0,00	2.977.729,05	11.041.533,65
	39.022.163,58	6.563.765,32	0,00	3.810.089,50	41.775.839,40

Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
Stand am 1.1.2025	Zugänge	Abgänge	Zuschreibung	Stand am 31.12.2025	Stand am 31.12.2025	Stand am 31.12.2024
EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
903.634,40	166.735,99	0,00	0,00	1.070.370,39	402.271,00	506.891,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	41.783,97	5.355,69
903.634,40	166.735,99	0,00	0,00	1.070.370,39	444.054,97	512.246,69
12.252.271,86	229.433,54	268.617,17	0,00	12.213.088,23	7.772.465,64	7.895.398,64
8.330,89	1.375,00	0,00	0,00	9.705,89	24.985,00	26.360,00
496.558,07	122.666,00	10.258,00	0,00	608.966,07	413.620,27	400.963,00
4.598.117,00	1.102.023,82	552.862,31	0,00	5.147.278,51	1.385.897,00	1.401.264,56
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.643.873,78	702.024,25
17.355.277,82	1.455.498,36	831.737,48	0,00	17.979.038,70	11.240.841,69	10.426.010,45
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00
3.049,00	0,00	0,00	0,00	3.049,00	5.001,00	5.001,00
394.687,39	24.714,95	13.173,20	64.476,37	341.752,77	9.812.507,62	8.893.033,57
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	350.000,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	504.223,26	504.223,26
397.736,39	24.714,95	13.173,20	64.476,37	344.801,77	10.696.731,88	9.427.257,83
18.656.648,61	1.646.949,30	844.910,68	64.476,37	19.394.210,86	22.381.628,54	20.365.514,97

**Leben mit Behinderung Hamburg
Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH (im Folgenden LmBHH SE) verfolgt die Vision, dass die Gesellschaft ein Leben mit Behinderungen nicht mehr als Herausforderung betrachtet. Wir stärken und befähigen Menschen mit Behinderung auf ihrem eigenen Lebensweg. An diesem Ziel arbeiten wir mit unseren nun über 1.230 Mitarbeitenden, mit durchschnittlich mehr als 325 freiwilligen Helferinnen und Helfern und mit rund 90 jungen Menschen, die in unseren Einrichtungen und Diensten ihren Freiwilligendienst absolvieren.

Diese insgesamt rund 1.645 Mitarbeitenden und Freiwilligen unterstützen bis zu 1.200 erwachsene Menschen in ihrem Wohnalltag, rund zwei Drittel davon in ihren eigenen Wohnungen, mit ambulanter Assistenz. In den zwölf Einrichtungen der Tagesförderung finden über 400 Menschen eine Beschäftigung. Im Projekt "Auf Achse" sind davon über 190 dieser Klienten und Klientinnen stundenweise außerhalb der Tagesstätte bei mittlerweile rund 75 Auftraggebern in erwerbswirtschaftlichen Betrieben und in Institutionen tätig. In mehr als 200 Familien werden pädagogische Unterstützung und Familienentlastung geleistet. Über 100 behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene nahmen in diesem Jahr an Reisen teil. Rund 300 Schulkinder nehmen die Hortangebote in Anspruch.

Im Jahr 2025 spendeten die Kulturveranstalter dem Hamburger Kulturschlüssel 8.991 Karten für 899 Veranstaltungen. Bei knapp 11.620 Anmeldungen vermittelten wir im Rahmen des Hamburger Kulturschlüssels ca. 6.700 Kulturbesuche.

Wirtschaftsbericht

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist im Jahr 2025 geprägt gewesen von den Folgen der geopolitischen Unsicherheiten sowie der Unberechenbarkeit von internationalen politischen Entwicklungen. Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank führte zu einer Stabilisierung der Inflationsrate auf 2,2 %, wie im Vorjahr. Die Energiepreise haben sich grundsätzlich stabilisiert, liegen jedoch weiterhin oberhalb des Niveaus vor der Corona-Pandemie und des Angriffskrieges auf die Ukraine. Die Reallöhne haben sich im Vergleich zu den Vorjahren weiter erhöht. In 2025 führt dies zu einer Erhöhung des Volumens des privaten Konsums. Die Sparquote sinkt geringfügig, ist aber mit durchschnittlich über 10 % unverändert hoch. Während das verarbeitende Gewerbe von diesen Entwicklungen nicht profitieren konnte, zeichnete sich eine positive Entwicklung in den Branchen Information und Kommunikation sowie im Gastgewerbe und Handel ab. Der preisbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts betrug im abgelaufenen Jahr 0,2 %. Damit ist das Wirtschaftswachstum zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder positiv. Der Arbeitsmarkt zeigte ein zweigeteiltes Bild. So lag, auf

das gesamte Jahr 2025 gerechnet, die Arbeitslosigkeit in Deutschland bei 6,3 %, stieg also erneut um 0,3 %-Punkte, gleichzeitig ist die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse auf hohem Niveau.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung bleibt der bestehende Fachkräftemangel in zahlreichen Branchen eine Herausforderung. Die demografische Entwicklung sowie eine zunehmend restriktivere Einwanderungspolitik werden mittel- und langfristig zu einem sinkenden Potenzial an Erwerbspersonen führen. Freiwilligendienste bleiben für die sozialen Sicherungssysteme von enormer Bedeutung. Einsparungen in Anbetracht der Situation der öffentlichen Haushalte hätten gravierende Folgen für die Bereiche Gesundheit und Pflege. Parallel bestehen in der politischen Diskussion Gedanken zur Restitution der Wehrpflicht, die gegebenenfalls mit einem Wehersatzdienst einhergehen könnte. Mögliche Entwicklungen in diesem Bereich führen zu unmittelbaren Veränderungen der Strukturen in den sozialen Systemen sowie auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Veränderung des Erwerbspersonenpotenzials sowie die Erwartungen der Vertretenden junger Generationen zu Arbeitszeitmodellen werden mittel- und langfristig zu einer Belastung für die sozialen Sicherungssysteme, für das Wirtschaftswachstum sowie mittelbar auch für die öffentlichen Haushalte führen. LmBHH SE kann an dieser Stelle dem Fachkräftemangel insbesondere dadurch entgegenwirken, dass sie junge Menschen als Freiwillige an das Berufsfeld heranführt und im Anschluss zu Fachkräften in der sozialen Arbeit, in der Pflege und der Heilerziehungspflege erfolgreich ausbildet oder bei Ausbildung (hier insbesondere in der Ausbildung zu GPA, Gesundheits- und Pflegeassistent*innen) sowie Studium unterstützt und eine gut angenommene Bleibeperspektive bietet.

Das Bundesteilhabegesetz als wesentliche Reform im Bereich der Eingliederungshilfe wurde im Wesentlichen in 2023 umgesetzt. Menschen mit Behinderungen soll dadurch zu mehr Teilhabe und individueller Selbstbestimmung verholfen werden. Daher wurde die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen aus dem „Fürsorgesystem“ herausgeführt und zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt. Gerade die LmBHH SE folgt mit ihrem ausgezeichneten Fachkonzept „Mein Kompass“ zur personenzentrierten Unterstützungsplanung dem Leitgedanken der Gesetzgebung, dass Leistungen für Menschen mit Behinderungen nicht länger institutions-, sondern personenzentriert ausgerichtet werden und sich am persönlichen Bedarf des Einzelnen orientieren. Die damit verbundenen, fortlaufenden Veränderungsprozesse werden von der LmBHH SE nicht nur begleitet, sondern ungebrochen aktiv mitgestaltet. Die Umsetzung spiegelt sich in der Weiterentwicklung der Unterstützungsplanung im Rahmen einer personenzentrierten Dienstplanung wider.

Angesichts dieser einschneidenden gesetzlichen Veränderungen sind für die LmBHH SE die mit der Freien und Hansestadt Hamburg abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen für die Jahre 2024 bis 2028 von erheblicher Bedeutung. Die Vereinbarungen sorgen für verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen während der Laufzeit und regeln die geplanten Fach- und Strukturveränderungsprozesse sowie das Monitoring der Zielerreichung, einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen.

Geschäftsverlauf

Die Nachfrage nach den Unterstützungs-, Wohn- und Arbeitsangeboten der Gesellschaft ist im Allgemeinen nach wie vor auf hohem Niveau, so dass zurzeit nicht alle Nachfragen befriedigt werden können. Ambulante pädagogische, sozialpsychiatrische und familienfördernde Leistungen wurden im Vergleich zum Vorjahr wieder verstärkt nachgefragt. Auch perspektivisch bleibt ein weiterer Ausbau der Hilfen geplant.

Die Gesellschaft konnte ihren Bedarf an Arbeitskräften decken. Dazu war es jedoch notwendig, in erheblichem Umfang auf Mitarbeitende von Personaldienstleistern zurückzugreifen (2.156 TEUR, Vorjahr 2.259 TEUR).

Die Anstrengungen, sich als gute Arbeitgeberin von anderen Unternehmen abzuheben, zeigten weiterhin Wirkung. So konnte u.a. durch den Beitritt zur Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH) seit 2021 der Personalbestand kontinuierlich aufgebaut werden.

Die Geschäftsführung erachtet den Geschäftsverlauf insgesamt als bedingt zufriedenstellend.

Ertragslage

Die Rahmenvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg sieht im Vereinbarungszeitraum eine freie Allokation der Mittel im Rahmen einer BTHG-konformen Leistungserbringung vor. Die Mittel aus dem Budget wurden im Vereinbarungszeitraum entsprechend der Entwicklung der Fallzahlen und des Hilfebedarfs eingesetzt. Bei den Erträgen aus Leistungsentgelten zeigte sich gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 10 %. Der Anstieg beruht neben einer Steigerung der Entgelte auf Verschiebungen zwischen den Leistungsstufen und Hilfebedarfsgruppen auch auf einer Steigerung der Erlöse aus Pflegeleistungen.

Die personalbezogenen Aufwendungen (auf Basis einer über den handelsrechtlichen Begriff "Personalaufwand" hinausgehenden Controlling-basierten Definition) sind im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 Mio. EUR bzw. 10,1 % angestiegen. Die Veränderung resultiert einerseits aus einer tariflichen Entgelterhöhung zum 01. April 2025 um 3,0 % und Erhöhungen von Schichtzulagen sowie andererseits aus einer gestiegenen Anzahl an Mitarbeitenden. Darüber hinaus wurde im Vergleich zum Vorjahr weniger Fremdarbeit eingesetzt (-0,1 Mio. EUR). Die Personalaufwandsquote (handelsrechtlicher Personalaufwand dividiert durch Umsatzerlöse) beträgt unverändert 73,5 % (Vorjahr 73,5 %) und liegt somit unverändert über dem regionalen Branchendurchschnitt.

Der Anstieg in den übrigen betrieblichen Aufwendungen ist überwiegend durch die Anmietung neuer Flächen, gestiegener Energiekosten sowie durch inflationsbedingte Preissteigerungen begründet.

Das Betriebsergebnis 2025 der Gesellschaft (ohne Finanzergebnis und neutrale/periodenfremde Effekte) ist mit 259 TEUR positiv (Vorjahr 471 TEUR).

Die Gesellschaft nimmt Wertberichtigungen auf ihre Wertpapiere des Anlagevermögens dann vor, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt. Zur Beurteilung, ob eine solche dauerhafte Wertminderung vorliegt, werden die Indikatoren des IDW RS VFA 2 i.V.m. der Berichterstattung über die 149. Sitzung des VFA des Instituts der Wirtschaftsprüfer herangezogen. Gemäß diesen Indikatoren wurden Abschreibungen in Höhe von 25 TEUR (Vorjahr 54 TEUR) und Zuschreibungen in Höhe von 64 TEUR (Vorjahr 148 TEUR) vorgenommen. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 115 TEUR (Vorjahr 168 TEUR) realisiert werden. Dem gegenüber standen realisierte Verluste im Umfang von 26 TEUR (Vorjahr 20 TEUR). Das Finanzergebnis (nach unternehmensinterner Abgrenzung) beeinflusst das Jahresergebnis mit insgesamt 278 TEUR (Vorjahr 378 TEUR). Zum Bilanzstichtag bestehen im Finanzanlagevermögen stille Reserven in Höhe von 387 TEUR (Vorjahr 205 TEUR) und stille Lasten im Umfang von 84 TEUR (Vorjahr 122 TEUR).

Der Jahresüberschuss 2025 beträgt 490 TEUR. In Höhe des entstandenen Jahresüberschusses soll eine entsprechende Einstellung in die Gewinnrücklagen erfolgen.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit gegeben. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Bilanzstichtag rund 0,86 Mio. EUR und liegen damit unterhalb des Vorjahresniveaus. Wesentliche Ursache für diese Veränderung waren höhere Investitionen der Vermögensverwaltung. Zum 31. Dezember 2025 beträgt darüber hinaus die Inanspruchnahme der Kontokorrentkreditlinie zur Finanzierung der nicht durch das Trägerbudget 2019-2023 gedeckten Leistungsentgelte 2,81 Mio. EUR.

Vermögenslage

Das Eigenkapital ist in Höhe des entstandenen Jahresüberschusses höher als im Vorjahr. Auch die Eigenmittelquote in Höhe von 49,0 % (Vorjahr 46,9 %, jeweils unter Einbezug des Sonderpostens für Investitionszuschüsse) ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Die wesentliche nichtfinanzielle Kennzahl im Geschäftsjahr war die Fehlzeitenquote. Diese betrug im Jahr 2025 durchschnittlich 8,5 % und ist damit um 0,8%-Punkte niedriger im Vergleich zum Vorjahr. Die Fluktuationsrate lag bei 14,2 % und damit fast unverändert zum Vorjahr. Die Zahl der festangestellten Mitarbeitenden (ohne FSJ/BFD) stieg von 1.189 auf 1.234 (Angaben jeweils per 31.12.).

Gesamtaussage

Das geplante positive Betriebsergebnis von 780 TEUR wurde nicht erzielt. Die wesentlichen Einflussfaktoren wurden sachgerecht eingeschätzt und in Anbetracht herausfordernder Rahmenbedingungen verantwortungsvoll gesteuert.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf operativer Ebene sind daher bedingt zufriedenstellend.

Prognose

Wirtschaftlich erwartet die Gesellschaft, dass sich die Inflation im Jahresverlauf wie in den Vorjahren auf einem Niveau von rund 2,5 % bewegen wird. Insbesondere wird der zum Erstellungszeitpunkt stattfindende Krieg im Iran als ein Treiber dafür angesehen, dass die Inflationsrate über der des Vorjahres liegen wird. Des Weiteren geht die Geschäftsführung von höchstens einer moderaten Senkung der Leitzinsen der Europäischen Zentralbank für 2026 aus. Während sich das Wirtschaftswachstum in der Eurozone mit 1,2 % bis 1,5 % positiv entwickeln wird, geht die Gesellschaft von einer inflationsbereinigt geringen Entwicklung des deutschen Wirtschaftswachstums von höchstens 1,0 % aus.

Ertragsseitig erwartet die Gesellschaft eine Erhöhung im Vergleich zum Geschäftsjahr 2025, da die wesentlichen Erlöse aufgrund der Rahmenbedingungen des nun hinsichtlich der Personalkosten refinanzierten Trägerbudgets leistungsgerecht angepasst sind.

Aufwandsseitig stehen wegen der Personalintensität des Geschäftsmodells der Gesellschaft die Personalkosten im wirtschaftlichen Fokus. Da die Gesellschaft dem Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e.V. angeschlossen ist und den zugehörigen Tarifvertrag anwendet, der an den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes angelehnt ist, besteht für das Geschäftsjahr 2026 Klarheit über die Lohnentwicklungen. Diese wurden in der Jahresplanung entsprechend berücksichtigt. Gleiches gilt für ein moderates Wachstum des Personalstamms, tarifliche Entgeltsteigerungen, eine Vielzahl von Stufensprüngen sowie eine weitere Belastung aufgrund steigender Sozialabgaben.

Im Bereich des Finanzanlagevermögens geht die Gesellschaft von weiterhin volatilen Märkten aus. Die Unvorhersehbarkeit der US-amerikanischen Politik in vielen Feldern mit globalen Folgen lassen konkrete Prognosen nur schwer zu. Als besorgniserregend erachtet die Gesellschaft die Verschuldungssituation, die weltwirtschaftliche Auswirkungen in die Leitwährung „US-Dollar“ haben kann.

Die Gesellschaft erwartet im Vergleich zum Berichtsjahr weiterhin stabile Erträge und nach den vorgenommenen Wertberichtigungen der vergangenen Jahre für das Geschäftsjahr 2026 keinen wesentlichen zusätzlichen Wertberichtigungsbedarf. Hier setzt die Gesellschaft jedoch voraus, dass sich die Kapitalmärkte auf die Stabilität der Aussagen und Maßnahmen der US-amerikanischen Politik nachhaltig eingestellt haben.

Aus diesen Gründen hat die Geschäftsführung ihrer Gesellschafterin eine Jahresplanung mit einem leicht positiven Betriebsergebnis von rund 224 TEUR vorgelegt, ohne Berücksichtigung von etwaigen Ergebnissen des Finanzanlagevermögens, die nicht Teil des Betriebsergebnisses sind.

Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2023 konnten die Verhandlungen für eine Rahmenvereinbarung für die Jahre 2024 bis 2028 mit der Hamburger Sozialbehörde als wesentlichem Kostenträger abgeschlossen werden. Darin wurden die Erkenntnisse aus den vergangenen Jahren, insbesondere die Tatsache, dass eine starre Budgetentwicklung bei teilweise disruptiv veränderten Rahmenbedingungen nicht funktionieren kann, insoweit berücksichtigt, dass im Trägerbudget die Entwicklungen einer dynamischen Realität abgebildet werden, ohne das gemeinsame Ziel der fachlichen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu kompromittieren. Diese neue Rahmenvereinbarung ermöglicht weiterhin eine langfristige Planung unter stabilen Rahmenbedingungen und stellt nicht nur die fachliche Arbeit sicher, sondern ermöglicht auch die Weiterentwicklung der Arbeit und von Konzepten für und mit Menschen mit Behinderungen.

Im Wettbewerb um Fachkräfte zeigt sich die Gesellschaft ungebrochen zuversichtlich. Es besteht eine ausgezeichnete fachliche Arbeit, die u.a. mit dem von der Gesellschaft genutzten Planungsinstrument „Mein Kompass“ unterstützt wird, das die konsequente Ausrichtung der Assistenz an den individuellen Zielen der Klient*innen in den Fokus stellt. Daher besitzt die tiefgreifende Umsetzung dieses Instruments ungebrochen eine hohe Priorität, da es den Wirkungsgrad der Leistungen erhöht, eine moderne fachliche Ausrichtung besitzt und damit für Leistungsberechtigte, Leistungsträger und auch Mitarbeitende attraktiv und richtungsweisend ist.

Die zu Anfang des Geschäftsjahres 2024 durchgeführte Mitarbeitendenbefragung dokumentiert die Erfolge der Qualität der Führungsarbeit der Leitungskräfte bei der LmBHH SE. Innerhalb der Branche und auf Basis der herangezogenen Ergebnisse zugänglicher Mitarbeiterbefragungen von Mitbewerbern liegt LmBHH SE mit ihren Ergebnissen hinsichtlich der Zufriedenheit der Mitarbeitenden unter den besten 5 % der Unternehmen in Deutschland. Die Gesellschaft arbeitet weiter daran, dass gute Führung als elementarer Baustein der Personalbindung und -gewinnung in der strategischen Weiterentwicklung der Organisation angesehen wird. In 2026 wird die Befragung wiederholt werden. Erkenntnisse daraus werden in die weiteren Prozesse zur Personalbindung und -gewinnung Berücksichtigung finden.

Die Kapitalmarktentwicklung wird insbesondere in 2026 von Aussagen und Maßnahmen der US-amerikanischen Politik dominiert werden. Die unverändert bestehende Unberechenbarkeit stellt ein Risiko für kurzfristige Bewertungen des Finanzanlagevermögens dar, dem durch den Einsatz von vermögensverwaltenden Kreditinstituten angemessen Rechnung getragen wird.

Auch die bereits etablierten Recruiting-Maßnahmen (u.a. in Form von Maßnahmen zur Personalbindung und der Werbung neuer Mitarbeitender durch Mitarbeitende) zeigen ungebrochen Erfolge. Die Zahl der Mitarbeitenden stieg zwischen dem 31.12.2024 und dem 31.12.2025 um 45 auf 1.234 festangestellte Mitarbeitende (ohne FSJ/BFD). Der Anstieg der Vollzeitäquivalente beträgt 42,0 Stellen. Die Gesellschaft setzt ihren Weg fort und legt dabei ihre Schwerpunkte auf die Themen Aus- und Weiterbildung, Einbindung von Freiwilligen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres und des

Bundesfreiwilligendienstes sowie auf Mitarbeitendenbindung, um sich am Arbeitsmarkt weiter als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren.

Die derzeitig stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, die Unsicherheiten durch die US-amerikanische Politik, der fortdauernde Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen weiterer geopolitischer Spannungen und kriegerischer Auseinandersetzungen beeinflussen die öffentlichen Haushalte auf Bundes- und Länderebene massiv. Durch den Abschluss der Rahmenvereinbarung für 2024-2028 sind Finanzierungsrisiken der Leistungserbringung minimiert worden. Durch grundsätzlich langfristige Kreditvereinbarungen schätzt die Gesellschaft auch die Risiken, die sich aus möglichen Zinsverpflichtungen kurz- und mittelfristig ergeben, weiterhin als gering ein.

Risiken im Zusammenhang mit der Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl an Beschäftigten bestehen unverändert. Die Arbeit im sozialen Bereich fordert Mitarbeitende und führt im Vergleich zu anderen Berufsgruppen zu einer höheren Krankenquote. Die Geschäftsführung arbeitet kontinuierlich an Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Mitarbeitenden, um hier unterhalb des Bundesdurchschnitts zu bleiben. Weitere seitens der Gesellschaft dagegen ergriffene Maßnahmen wurden bereits dargelegt und zeigten im Geschäftsjahr Wirkung.

Der allgemeine Fachkräftemangel wird weiterhin mit Sorge betrachtet. Die Organisation versucht durch das Angebot von verschiedenen Ausbildungen, ihren Teil im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zur zukünftigen Sicherstellung von Pflege und Betreuung beizusteuern. Die Wertschätzung für diese Arbeit in der Gesellschaft muss sich langfristig etablieren. Die Aufwertung der Berufsbilder und auskömmliche Finanzierung der Ausbildungen werden von der Organisation forciert und mitgetragen.

Die Bestellung einer zweiten Geschäftsführung ist für das Geschäftsjahr 2026 geplant. Zielsetzung sind die Risikominimierung, die Erhöhung der Vertretungssicherheit und auch die bessere Verteilung von Verantwortung.

Hamburg, den 01. April 2026

gez. Ralph Grevel
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Unter der Bedingung, dass die Gesellschafterversammlung der Einstellung des Jahresüberschusses in Höhe von EUR 489.529,11 in die Gewinnrücklagen zustimmt, erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

An die Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der **Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg**, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen Gemeinnützige GmbH, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressanten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, 4. Mai 2026



RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

DocuSigned by:

9334A7E68D054D8...
Silke Ammenwerth
Wirtschaftsprüferin

DocuSigned by:

6739930E0DD345E...
Nicolai Hansen
Wirtschaftsprüfer

